

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 56 (1962)
Heft: 4

Artikel: Weltrundschau : die Schweiz und die Atombombe ; Sieg der Demagogie ; Aber der Kampf geht weiter! ; "Der wirkliche Weg zur Abrüstung" ; Freies Algerien ; Die Krise in Argentinien
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140672>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

fort, weil es MacArthurs Glaube war, daß die Chinesen durch das Tor Indochina zur Eroberung des ganzen asiatischen Südostens aufbrechen würden.

In Europa mußte Westdeutschland wiederbewaffnet werden. Dr. Adenauer wurde zu einer Figur von solcher Bedeutung aufgepöppelt, daß er oft die alliierten Entscheidungen über russische Vorschläge bestimmte. Präsident de Gaulle wurde nach seiner Selbsteinschätzung honoriert; der französischen Verstocktheit in Algerien mußte man mit Nachsicht begegnen. Spanien mußte behandelt werden wie ein Land der «freien Welt», damit Amerika auch dort seine Stützpunkte einrichten konnte. Portugal aber, mit seinem Diktator Salazar, wurde willkommen geheißen im Schoße der NATO, dieser «heiligen Allianz» des 20. Jahrhunderts.

Das Buch wird viele Leute ärgern, um so mehr, als es ihnen schwerlich gelingen dürfte, den Verfasser in irgendeinem wichtigen Punkt der Unrichtigkeit zu überführen, wenn er die lange Liste der westlichen Fehler präsentiert. Es wäre natürlich höchst interessant, wenn Moskau nach der Verdammung von Stalins Politik ebenso freimütig russische Fehler eingestehen würde, wie es Professor Fleming hinsichtlich derer des State Department und des Pentagons getan hat. Bis dahin aber wird jeder Beobachter internationaler Angelegenheiten gut daran tun, den beiden Bänden dieses Werkes größte Aufmerksamkeit zu schenken.

WELTRUNDSCHAU

Die Schweiz und die Atombombe Unsere Weltrundschau darf gewiß auch einmal ein *schweizerisches* Ereignis festhalten. Denn die Volksabstimmung vom 1. April über die Initiative, die ein *Verbot der Anschaffung von Atomwaffen* für die Schweizer Armee erstrebte, hängt ja eng mit dem weltweiten Kampf um Rüstung oder Abrüstung zusammen und hat ohne Zweifel auch bestimmte internationale Ausstrahlungen. Was das Volksbegehren wollte, war klar: Es suchte das Schweizervolk zum Bewußtsein der Tatsache aufzuwecken, daß im Zeitalter der atomaren Massenvernichtungswaffen eine militärische Landesverteidigung der Schweiz unmöglich geworden ist, und daß unsere einzige Hoffnung auf Weiterleben als Volk und Staat die Schaffung einer Welt ohne Krieg ist. Die Verwerfung der Verbotsinitiative durch eine Mehrheit der immer noch allein stimmberechtigten Männer zeigt, daß das Schweizervolk als Ganzes für diese Erkenntnis noch nicht reif ist. Es setzt sein Vertrauen nach wie vor auf «Rosse und Wagen», auf Panzer und Fliegerabwehr, ja nun auch auf Atombomben mit «zivilem

Luftschutz» und gibt all den Ländern, die noch keine Kernwaffen haben, ein schlechtes Beispiel, dessen Befolgung dazu beitragen muß, die Kriegsgefahr zu erhöhen. Das vorerst einzige Volk, das aufgerufen war, sich grundsätzlich gegen jeden Einsatz von Atomwaffen zu erklären, hat versagt; es hat sich zwar nicht endgültig und unzweideutig für den Erwerb von Atombomben ausgesprochen, wollte sich aber doch (nach dem landläufigen Schlagwort) freie Hand sichern, um «gegebenen Falles» zu Atombomben greifen zu können.

Das ist traurig, aber doch keineswegs überraschend. Überraschend — und zwar im erfreulichen Sinn — ist vielmehr, daß in die Mauer von Unverstand und Götzenglauben durch die Volksabstimmung und den vorausgegangenen geistigen Kampf doch eine Bresche geschlagen worden ist, die erweitert werden kann und muß und uns trotz allem zuversichtlich stimmt. Die Mehrheit der «freihändigen» Gegner des Volksbegehrens ist entschieden kleiner und die Minderheit seiner Anhänger entsprechend größer, als erwartet werden konnte; das Verhältnis der Nein- zu den Ja-Stimmen ist nicht einmal zwei zu eins (rund 537 000 gegen 286 000). Und was besonders erfreulich und bedeutsam ist: die Kantone der welschen und italienischen Schweiz samt dem Berner Jura haben durchweg eine Ja-Mehrheit aufgewiesen, meistens sogar eine ganz wuchtige. (In den gemischtsprachigen Kantonen Freiburg und Wallis, die eben zudem ganz überwiegend katholisch sind, kam der romanische Antimilitarismus naturgemäß viel weniger zur Geltung.) In der deutschen Schweiz war es nur Baselstadt, das nahe an eine annehmende Mehrheit herankam; alle anderen Stände lieferten starke, zum Teil erdrückende Nein-Mehrheiten, die bis 90 Prozent und darüber gingen. Es waren vor allem die katholischen Landesteile, die den Gewalthaufen der Nein stellten; aber auch sonst triumphierte in der deutschen Schweiz überall ein konservativer, ja reaktionärer Geist, während sich alles, was geistig lebendig und aufgeschlossen ist, zum Ja bekannte, besonders in den Kreisen der reformierten Kirche, der Wissenschaft, der Kunst und Literatur. Auch der selbständig denkende Teil der sonst sozialdemokratisch stimmenden Arbeiter und Angestellten schloß sich der Bewegung für atomare Nichtaufrüstung an; die große Masse folgte gehorsam der Parteileitung, die scharf gegen die Initiative eingestellt war und einen entsprechenden Parteitagsbeschuß listig durchgedrückt hatte — im Gegensatz zu den sozialistischen Kantonalparteien in den welschen Landesteilen, die sämtliche zum Jastimmen aufforderten und offen gegen die berüchtigte Parteidisziplin rebellierten.

Es ist bei dieser ganzen Sachlage höchst irreführend, wenn jetzt behauptet wird, «das Schweizervolk» habe sich mindestens grundsätzlich für die «im Notfall» vorzunehmende Ausrüstung der Armee mit Kernwaffen entschieden, zumal da bei der erstaunlich schwachen Stimmbeteiligung (kaum 55 Prozent) auch die Ja-Mehrheit nur eine Minderheit der Stimmberechtigten darstellt. Die Wahrheit ist, daß

Bundesrat und Armeeführung samt den hinter ihnen stehenden Parteien und Kräften eine fühlbare *moralische Niederlage* erlitten haben und für die Fortsetzung ihrer unverantwortlichen Rüstungspolitik *nicht* die Blankovollmacht bekommen haben, die sie gefordert hatten. Vollends den Atomkrieg vorzubereiten, gegen den Widerstand der romanischen Schweiz und einer doch nicht zu verachtenden Minderheit der deutschen Schweiz — das erscheint als so abenteuerlich, daß die «nüchternen Realpolitiker», als die sich unsere Staats- und Militärführer rühmen, davor hoffentlich überhaupt zurückschrecken werden.

Sieg der Demagogie

Wie brüchig innerlich die Sache der Gegner des Volksbegehrens war, das wird besonders klar, wenn man die Künste und Mittel ansieht, mit denen diese ihren «Sieg» errungen haben. Sie glaubten sich besonders schlaue, wenn sie zunächst einfach versuchten, das Volk mit der Vorgabe einzuschläfern, sie seien ja alle selbst «grundsätzlich» gegen die Beteiligung der Schweiz an einem Atomkrieg, den sie leidenschaftlich verabscheuten, und wollten der Armee nur «für alle Fälle» die Ausrüstung mit den «wirksamsten» Waffen vorbehalten wissen. Und dieser Fall sei mindestens heute ganz und gar nicht gegeben. Natürlich fielen auf diese Beweisführung nur die herein, die nicht sehen und nicht hören *wollen*, was tatsächlich vor sich geht. Es liegen ja mehr als genug Zeugnisse vor, die beweisen, daß «oben» der Entschluß zur Erwerbung von Atomwaffen grundsätzlich längst gefaßt ist. Oberstkorpskommandant Annasohn, der Chef des Generalstabs, erklärte seinerzeit ausdrücklich, daß wir «mit allen Mitteln versuchen müssen, Atomwaffen anzuschaffen», und Bundesrat Chaudet, der Vorsteher des Militärdepartements, bezeichnete es sogar als «sehr wohl möglich, daß die Anschaffung einer solchen Waffe in einer verhältnismäßig kurzen Zeit ins Auge gefaßt werden müßte». Im Auftrag des Gesamtbundesrats studieren denn auch die Fachleute schon seit Jahr und Tag die ganze Frage, und zwar mit dem festen Entschluß, die «wirksamste» Waffe auch der Schweizer Armee zugänglich zu machen. Was bisher Schwierigkeiten machte, das war (neben der Geldfrage) vor allem die offensichtbare Unmöglichkeit, Atombomben zu erwerben, ohne die Schweiz zum bloßen Anhängsel der NATO, das heißt Amerikas, werden zu lassen. Aber wie gesagt, die *grundsätzliche* Frage ist für Bern längst beantwortet, nämlich mit einem selbstverständlichen Ja.

Dementsprechend setzten sich unsere Obersten und anderen «Sachverständigen» während des Abstimmungskampfes auch ganz offen für die Ausstattung der Armee mit Atomwaffen ein. Nur gerieten sie dabei in einen bösen Zwiespalt. Auf der einen Seite verlangten sie, daß die Verteidigung der Schweiz mit Waffen geschehe, die denen eines Angreifers «gleichwertig» seien, also doch gewiß schwere Atombomben, ja Fernraketen einzuschließen hätten. Das ist entweder Größenwahn,

oder man nimmt an, daß die Schweiz wirklich dem westmächtlichen Militärsystem eingegliedert werden müsse. Auf der andern Seite gaben sich gewisse Fachleute die erdenklichste Mühe, uns glauben zu machen, es genüge, wenn die Schweizer Armee mit *leichten*, bloß taktischen Kernwaffen ausgestattet sei, die der Zivilbevölkerung keinen größeren Schaden zufügen könnten. Das hieße dann aber, daß sich die Schweiz gerade *nicht* mit «gleichwertigen» Waffen gegen die Großmacht aus dem Osten verteidigen könnte. Kurz, es war alles andere als überzeugend, was die Techniker des Kriegshandwerks uns über die Möglichkeit erzählten, im Fall eines Atomkriegs zwischen Ost und West die Schweiz militärisch zu verteidigen. Im Volk der deutschen Schweiz kümmerte man sich freilich nur wenig um diese schließlich doch entscheidende Streitfrage. Man nahm es einfach als selbstverständlich hin, daß wir die wirksamste Waffe haben müßten, die es heute gebe, und das sei eben die Atombombe. Man lebt noch vollständig in der Vorstellung, daß ein künftiger Krieg ungefähr unter den gleichen Bedingungen geführt würde wie der Erste und der Zweite Weltkrieg, bei denen wir dank unserer Armee (?) doch auch gut davongekommen seien, und steigert sich in eine «Wehrbereitschaft» hinein, die jede Aufklärung über die *wirklichen* Bedingungen eines Zukunftskrieges als «psychologische Entwaffnungsaktion», als «Aufweichung des nationalen Widerstandswillens», ja als Verrat an der Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz brandmarkt.

Dies um so mehr, als der Feind, gegen den wir uns um jeden, auch den höchsten Preis zur Wehr setzen müßten, natürlich kein anderer sein könne als der östliche Kommunismus. «Nach Kräften geschürt von kommunistischen Drahtziehern, die sich geschickt im Hintergrund halten», so hieß es zum Beispiel in der «Neuen Zürcher Zeitung», «wurde eine Atomtodkampagne ausgelöst, deren einziger Zweck die Selbstentmannung einer bereits als ‚dekadent‘ verschrieenen freiheitlichen westlichen Gesellschaft ist.» Die Kommunisten, «welche halb Europa unterjocht haben», hätten, wie ein Massenflugblatt des Aktionskomitees gegen die Verbotsinitiative unter der Verantwortung hochgestellter Würdenträger erklärte, die Kommunisten also hätten keinen sehnlicheren Wunsch, «als daß unsere Soldaten höchstens mit Käpselipistolen zurückschießen», aber ja nicht mit Atombomben. «Das ist der Grund, warum sie die internationale kommunistische Agentenorganisation, genannt PdA (Partei des Auslandes), beauftragt haben, in der Schweiz eine Volksinitiative gegen die atomare Aufrüstung in die Wege zu leiten.»

In diesem Stil wurde von den Verteidigern der höchsten Werte des christlichen Abendlandes die Initiative bekämpft; das war ihre propagandistische Hauptwaffe! Es wirkt darum wie Hohn, wenn auch jetzt wieder die alte Phrase vom «Ehrentag der schweizerischen Demokratie» auftaucht, der am 1. April 1962 zu verzeichnen gewesen sei. Nein, *die* Kampfweise, mit der unsere Gegner an jenem Sonntag ge-

wonnen haben, war keine Ehre für die schweizerische Demokratie; es war wieder einmal die *Demagogie*, und zwar in ihren traurigsten Formen, die obenaufgeschwungen und jede wirkliche Selbstregierung, jede wirksame Aufklärung des Volkes über seine wahre Lage verhindert hat!

Aber der Kampf geht weiter! Es war natürlich schwer, gegen die bösartige Volksverhetzung der edlen «Freiheitskämpfer» aufzukommen. Fast alle Mittel der Meinungsbildung im Volk — Presse, Radio, Kirche usw. — waren ja in den Händen der Rüstungsgläubigen; die Gegner des atomaren Wettrüstens aber verfügten über lächerlich geringe Geldmittel und nur verhältnismäßig schwache Möglichkeiten, durch das gesprochene und gedruckte Wort an das Volk — besonders dasjenige der deutschen Schweiz — wirklich heranzukommen. Wir genießen die verfassungsmäßig gewährleistete Freiheit der Meinungsäußerung, jawohl; aber was hilft das uns viel, wenn diese Freiheit von den Beherrschern der Wirtschaft, des Staates, des Militärs, der meisten gesellschaftlichen Einrichtungen benützt wird, um die Bewegungen und Kräfte einflußlos zu machen, die *gegen* ihre Vorherrschaft aufstehen? Die Freiheit, die *sie* meinen, die sie gegen den «sozialen Umsturz» und gegen die «Aufweichung des Wehrwillens» verteidigen, ist eine andere als die, welche *wir* erstreben. Und darum war es auch so schwer, in einer von den Nutznießern des Alten beherrschten Ordnung einem neuen Begriff von Landesverteidigung und Friedenssicherung den Weg zu bahnen.

Schwer, aber doch nicht unmöglich! Hätte die Sozialdemokratische Partei, die ehemals den Kampf für Abrüstung und Frieden im Ernst führte, alle atomare Kriegsrüstung von vornherein abgelehnt, wäre sie nicht mehr und mehr zu einer Partei bloßer sozialer Reformen *innerhalb* der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft geworden, so hätte auch in der deutschen Schweiz das Volksbegehren für ein Kernwaffenverbot gute Aussicht auf Erfolg gehabt. Und hätten die *christlichen Kirchen* im Geiste des Evangeliums entschlossenen, einhelligen Widerstand gegen den Greuel der Atomrüstung geleistet — das Ergebnis der Abstimmung wäre ebenfalls ganz anders herausgekommen.

Aber von solchem Widerstand war nun eben keine Rede. Vor allem die katholische Kirche warf ihren ganzen Einfluß zugunsten einer möglichen atomaren Aufrüstung in die Waagschale; die Ausnahmen bestätigen die Regel. Auf evangelisch-reformierter Seite traten erfreulicherweise 432 Pfarrer und Hochschullehrer für die Initiative ein, leider ohne mit ihrem Namen dazuzustehen, abgesehen von den Verfassern der Erklärung selbst. Aber die größere Hälfte der protestantischen Theologen schwieg oder bekämpfte das Volksbegehren mit «religiösen» Gründen. Das Widerlichste, das ich in dieser Beziehung gesehen habe, ist ein Aufsatz im «Kirchenboten» für Schaffhausen, Glarus und Basel, den sich ein Pfarrer b. geleistet hat. «Uns zu vertei-

digen und zu wehren mit konventionellen Waffen schon im Kalten und noch viel mehr im heißen Krieg», so schreibt er, «ist Sünde. Wir müssen das göttliche Schutzgebot allen Lebens: ‚Du sollst nicht töten‘ übertreten. Uns nicht zu verteidigen und nicht zu wehren, vor allem nicht mit Atomwaffen, im Kalten und gegebenenfalls auch im heißen Krieg nicht, ist ebenfalls Sünde . . . Welches für Christus selbst in diesem Notkonflikt eines Krieges das näherliegende Gebot gewesen wäre: Praktische Nächstenliebe (!) oder theoretische Feindesliebe, bleibt wieder Glaubensentscheidung jedes einzelnen . . . Nicht Angst, vor allem auch nicht die Angst vor dem Atomtod, darf in dieser Sache unser Berater sein. Vertrauen in den Sieg Christi auch über den Atomtod, Glaube ans Leben, auch wenn wir sterben, Hoffnung, daß unserem Herrn die Zukunft gehört, von der auch keine Atomwaffen uns zu trennen vermögen, ist der Beitrag der Kirchen zur Bewaffnung unserer Soldaten mit den Waffen, welche die moderne Technik einer heutigen Armee in die Hand gibt.»

Welch unglaubliche theologische Verdrehungskunst! Der roheste, aber wenigstens folgerichtig heidnische Schwertglaube ist um vieles erträglicher als diese unsaubere Vermengung weltlichen Gewaltdenkens mit der Lehre, die uns das Kreuz und das leere Grab geben wollen! Können die «ungläubigen» Gegner der Atomwaffen für ein solches Christentum etwas anderes übrig haben als Spott und Verachtung?

Für uns steht jedenfalls fest, daß der Glaube an den Militärgötzen auch in der deutschen Schweiz ins Wanken geraten ist. Sein Zauberglanz kann das Volk nach diesem Abstimmungskampf nicht mehr so blenden wie bisher; das Volk beginnt aus der Hypnose zu erwachen und zu *denken* — und das ist der Anfang vom Ende jedes Aberglaubens. Der Kampf um die Seele des Volkes geht also weiter, der Kampf dafür, daß sich die Schweiz mit derselben Entschlossenheit und auch Opferwilligkeit für die Verhinderung eines neuen Krieges einsetze, die sie bisher für ihre Bewahrung vor einem Krieg durch militärische Rüstungen aufgebracht hat. Ein erstes Ziel wird es sein, die sozialdemokratische Initiative durchzubringen, die verlangt, daß ein Beschluß der eidgenössischen Räte über die Anschaffung von Atomwaffen dem Volksentscheid unterstellt werden soll. Diese Initiative war zwar als Ablenkung von dem Begehren auf grundsätzliches Verbot jeder atomaren Rüstung gedacht, wird nun aber Gelegenheit bieten, die Kernwaffenfrage aufs neue vor das Volk zu bringen. Dabei müssen aber zwei Fehler vermieden werden, die in der hinter uns liegenden Auseinandersetzung gemacht wurden. Wir dürfen nicht nur die *atomare* Aufrüstung ablehnen, sondern müssen klarmachen, daß es angesichts der Revolution der Kriegstechnik überhaupt keine Landesverteidigung mit militärischen Mitteln mehr geben kann. Und wir müssen entschiedener als je dem landläufigen Antikommunismus entgegenzutreten, der die Volksphantasie verseucht, und müssen zeigen, wie widersinnig es ist, sich gegen einen russisch-kommunistischen An-

griffskrieg zu wappnen, der in Wirklichkeit gar nicht droht und den Absichten und Kräften der Sowjetpolitik gänzlich zuwiderliefe. Dieser Antikommunismus ist ja eigentlich schon durch die Abstimmung vom 1. April erledigt; oder will man immer noch diejenigen, die nicht an die Kriegsdrohung aus dem Osten glauben und darum schon aus diesem Grunde ihre Hoffnung nicht auf eine der sowjetischen gleichwertige (oder auch nicht gleichwertige) schweizerische Atomrüstung setzen, will man alle diese 287 000 Schweizer, die für die Verbotsinitiative gestimmt haben, darunter die Mehrheit unserer welschen und tessinischen Eidgenossen, als Werkzeuge des kommunistischen Welteroberungswillens hinstellen? Die Unsinnigkeit des ganzen Haßfeldzuges gegen den kommunistischen Osten liegt für jeden denkenden Bürger auf der Hand, aber sie muß nun auch all den Irreführten klargemacht werden, die ein Verbot der Atomwaffen abgelehnt haben, um vermeintlich das Leben und die Freiheit der Schweiz vor einem Barbareneinfall aus den Steppen Rußlands und Asiens zu schützen.

„Der wirkliche Weg zur Abrüstung“

Die «kommunistische Gefahr» wird ja auch immer vorgeschützt, um einen Abbau der *westmächtlichen Kriegsrüstungen* zu verweigern. An dieser Klippe droht gerade jetzt die ganze Abrüstungskonferenz zu scheitern, die in Genf eine ergebnislose Sitzung um die andere abhält. Nicht einmal eine Verständigung über die dauernde Einstellung aller Kernwaffenversuche scheint möglich zu sein, weil die Russen eine Kontrolle über die Einhaltung eines solchen Abkommens ablehnen, solange nur der Rüstungsstand ausgekundschaftet, nicht aber die Abrüstung überwacht werden könne. Die Amerikaner andererseits erklären, ohne förmliche Kontrolle würden die Sowjets ihre Rüstung bis zu einem Grad auszubauen vermögen, daß sie einen atomaren Angriffsschlag gegen den Westen zu führen imstande wären. Besteht diese Möglichkeit wirklich? Professor *P. M. S. Blackett*, der hervorragende englische Atomforscher und Nobelpreisträger, antwortet darauf mit einem entschiedenen und sorgfältig begründeten Nein. Ich habe seine Abhandlung im «New Statesman» (2. 3. 1962), die jetzt auch als Sonderdruck erschienen ist, schon in der letzten Weltrundschau kurz erwähnen können; es ist aber wirklich nötig, auf diese bedeutende Arbeit zurückzukommen. Ihr wesentlicher Inhalt ist, knapp zusammengefaßt, die folgende Klarstellung:

Die westmächtliche und besonders die amerikanische Fähigkeit, einen bloßen atomaren Verteidigungsschlag zu führen, ist mindestens so groß wie die sowjetische Fähigkeit, einen Angriffsschlag zu führen, der viel stärkere Kräfte erfordert als ein Gegenschlag. Der Westen kann darum zuversichtlich annehmen, daß die Sowjets keinen großen Krieg entfesseln werden. Der amerikanische Gesamtvorrat an Atomwaffen wird auf 30 000 Megatonnen geschätzt, was dreißigmal soviel ist wie die Atombombenvorräte, die die Russen für einen Schlag gegen

den Westen einsetzen könnten. Die Möglichkeit eines atomaren Überraschungsangriffes der Sowjets kann somit ganz außer Acht gelassen werden. Die angebliche «Raketenlücke», die in der amerikanischen Rüstung bestehe, und von der in den letzten Jahren soviel Wesens gemacht wurde, ist einfach zweckdienliche Erfindung. Und die jetzt in den Vereinigten Staaten aufgeworfene Frage, warum die Sowjetunion nur eine so kleine atomare Schlagkraft aufgebaut habe, sollte durch die Frage ersetzt werden, warum Amerika eine so *große* Kernwaffenmacht aufgebaut hat.

Die Sowjetunion war gegenüber der amerikanischen Kernwaffenrüstung immer in der Abwehr. Als die Vereinigten Staaten im Alleinbesitz der Atombombe waren, mußte die Sowjetunion nicht nur selbst Kernwaffen in die Hand bekommen, sondern auch ihre Landstreitkräfte ausbauen und die andern osteuropäischen Länder enger mit sich verbinden (zum Beispiel 1948 die Tschechoslowakei), um für ihre militärische Verteidigung die größtmögliche Tiefe zu gewinnen. Dann entwickelten die USA die Wasserstoffbombe, um den Kommunismus «zurückzurollen», die Ostvölker zu «befreien» und die Sowjetunion zur Übergabe zu zwingen. Aber die Russen zogen wiederum nach und hatten bald ihre eigene H-Bombe. Es trat eine Art atomaren Gleichgewichts ein, wobei die Russen sich bewußt auf die Fähigkeit beschränkten, einen Vergeltungsschlag zu führen, und jeden Gedanken an einen Überraschungsangriff auf den Westen ausschlossen. «Die Sowjetunion hat ihre Sicherheit gegenüber der gewaltigen westlichen Kernwaffenkraft auf ein paar Langstreckenraketen begründet, die von Stützpunkten aus zu operieren hätten, deren Standorte so geheim als möglich gehalten wurden.»

Im Laufe des Jahres 1961 erfuhr dann die sowjetische Militärpolitik eine eingreifende Umgestaltung. Der geplante Abbau ihrer Streitkräfte wurde verschoben und die Militärausgaben erheblich vermehrt; Moskau übte einen starken Druck aus, um in Berlin eine Änderung herbeizuführen und die Anerkennung der Zweiteilung Deutschlands zu erreichen; und schließlich nahm Chruschtschew die Kernwaffenversuche wieder auf, deren Einstellung er versprochen hatte. Warum all das? Nicht darum, so antwortet Professor Blackett, weil die Sowjetunion etwa auf ihre Verteidigungsstrategie verzichtet hätte, sondern weil in den Vereinigten Staaten immer mehr die Auffassung durchdrang, die Sowjetunion habe die Fähigkeit und Absicht, einen atomaren Überraschungsangriff auf die Vereinigten Staaten zu führen. Diese Behauptung hatte zwar keine Grundlage in den Tatsachen; aber die amerikanische Strategie hatte eben *eine* schwache Stelle: Sie kannte nicht die genauen Standorte der sowjetischen Kernwaffenstützpunkte. Und diese auszukundschaften, das war eine Hauptaufgabe der U-2-Flüge. «Dies bedeutete, daß Amerika seine Sicherheit nur aufrechterhalten kann, wenn es genügend Angaben über den Standort der russischen Kernwaffenrampen habe, um einen erfolgreichen atomaren

Überraschungs-, also Angriffsschlag auf das sowjetische Raketenabschußsystem zu führen. Mit anderen Worten: Amerika schien nach der Fähigkeit zu streben, einen ersten atomaren Gegenschlag zu führen.» Die Sowjetunion fürchtete, die Sicherheit ihrer Kernwaffenstützpunkte zu verlieren und einem Amerika gegenüberzustehen, das seine große Überlegenheit an Kernwaffen zu einem Angriff auf das sowjetische System zum Abschluß von Atombomben benützen könne. Dazu kam die Furcht, daß Westdeutschland auf dem Umweg über die NATO eigene Kernwaffen in die Hand bekommen werde, und die Ablehnung aller russischen Abrüstungsvorschläge durch die Westmächte. So kam es zu der Wiederaufnahme der russischen Kernwaffenversuche.

Inzwischen steigerten die Vereinigten Staaten ihrerseits ihre militärischen Vorbereitungen. Es ist aber, so meint Blackett, «schwer, eine militärische Rechtfertigung für ein Programm zu finden, das die Herstellung von gegen 800 Minuteman-Raketen für die nächsten paar Jahre vorsieht. Wenn diese Raketen, wie behauptet, so gut wie unverletzlich sind, dann ist die genannte Zahl mindestens zehnmal höher, als nötig ist, um einen wirksamen Vergeltungsschlag zum Angriff auf russische Städte zu führen. Es kann heute nicht im Ernst angenommen werden, daß die Sowjetunion die Fähigkeit oder die Absicht habe, einen umfassenden Angriff auf amerikanische Raketenrampen und Bomberstützpunkte zu führen.»

Die Schlußfolgerung, die der englische Gelehrte aus dieser Sachlage zieht, ist die: Der einfachste erste Schritt zur Abrüstung, der durchaus im Einklang mit wirklichkeitsgemäßen militärischen Erwägungen ist, besteht darin, daß die beiden Riesenmächte ihre atomaren Streitkräfte auf einen ganz niedrigen Stand zu reinen Vergeltungszwecken beschränken. Das würde zwar nicht ausschließen, daß Abenteurer die atomaren Streitkräfte ihres Landes zu Angriffs- oder Erpressungszwecken mißbrauchen könnten. Diese Gefahr wird erst ausgeschlossen sein, wenn zu einem späteren Zeitpunkt die Kernwaffen gänzlich zerstört sind. Inzwischen müßte das strategische Gleichgewicht zwischen Rußland und Amerika aufrechterhalten werden; eine für beide Teile annehmbare Lösung der Inspektionsfrage kann gefunden werden. Die Schwierigkeit für eine durchgreifende Abrüstung liegt auf jeden Fall nicht auf militärischem Gebiet; es ist vor allem schwer, berechtigte militärische Gründe für die große Zahl amerikanischer Kernwaffen und Abwurfflugzeuge zu finden. Dies wird weiterhin in den Vereinigten Staaten zugegeben, wo man die Hindernisse für eine Abrüstung mehr und mehr in wirtschaftlichen, politischen und gefühlsmäßigen Umständen sieht und nicht in operativen militärischen Erwägungen. Die Rüstungsindustrien und ihre Forschungsanstalten spielen dabei eine Hauptrolle. Die abrüstungsfeindlichen Kräfte können vielleicht jede vernünftige Politik der Regierung durchkreuzen, wenn nicht aus dem Volk heraus der amtliche Abrüstungskurs kräftige

Unterstützung findet. Wichtig ist auch die Einbeziehung Chinas in die Abrüstungsverhandlungen, bevor es eine atomare Großmacht wird; der Druck, den China auf die Sowjetunion ausübt, um sie zu einer schärferen Politik gegenüber dem Westen zu veranlassen, ist sicher zum Teil die Folge des Fehlschlags von Chruschtschews weltweitem Abrüstungsfeldzug. Rußland und Amerika haben auch darum alle Ursache, zu einer Verständigung zu kommen.

Soweit Blackett. Sein Standpunkt deckt sich durchaus mit demjenigen, der in den «Neuen Wegen» vertreten wird. Ob aber in Amerika wirklich diejenigen Kräfte durchdringen werden, denen es nicht um die Abwehr eines (unmöglichen und nicht geplanten) Angriffs der Sowjetunion zu tun ist, sondern . . . um ganz andere Zwecke? Das bleibt immer die entscheidende Frage in der ganzen Auseinandersetzung über Auf- und Abrüstung.

Freies Algerien Außer China muß natürlich auch *Frankreich* mitmachen, wenn ein west-östliches Abrüstungsabkommen Sinn und Kraft haben soll. Aber davon sind wir noch weit entfernt. De Gaulle hängt mehr als je seinen Träumen von einer westeuropäischen Einigung unter französischer Führung nach und braucht vorerst die Armee besonders dringend für die Befriedung *Algeriens*. Der französisch-algerische Waffenstillstand, der in Evian endlich unterzeichnet worden ist, hängt ja solange in der Luft, als der Widerstand der OAS und der hinter ihr stehenden nationalistisch-kolonialistischen Kräfte nicht unzweideutig gebrochen ist. Und das ist noch keineswegs der Fall. Eine neue Erschütterung ihres ganzen Bestandes durch einen letzten, verzweifelten Staatsstreichversuch ist der Fünften Republik zwar erspart geblieben; vor allem in Frankreich selbst ist der Waffenstillstand ruhig, ja mit Erleichterung aufgenommen worden. Aber in Algerien hat die OAS noch keineswegs kapituliert; sie setzt ihre ruchlose Morderei reuelos fort und hat darüber hinaus sogar einen Kleinkrieg von den Bergen aus ins Werk zu setzen versucht. Aber seit sie den unbegreiflichen Fehler begangen hat, auf französische Soldaten zu schießen, hat sie sich wohl jede Möglichkeit verschertzt, die Armee auch nur zu einer neutralen Haltung zu bewegen. Die «Ordnungskräfte» stehen jetzt zuverlässiger als jemals früher zur Pariser Regierung, die bestimmt viel Blutvergießen hätte vermeiden können, wenn sie die gleiche Tatkraft, die sie heute gegenüber den Putschisten an den Tag legt, schon vor einem halben Jahr entwickelt hätte.

Inzwischen hat sich das französische Volk am kommenden Sonntag über den «Frieden von Evian» auszusprechen. De Gaulle wird sicher eine große Mehrheit für seine Algerienpolitik bekommen, und gerissen wie er ist (trotz aller vorgetäuschten Biederkeit), läßt er sich auf dem Stimmzettel auch unbeschränkte Vollmacht für alle Maßnahmen geben, die er zur Durchführung dieser Politik für gut halten

sollte. Das macht auf der Linken natürlich böses Blut; aber was wollen die Gegner des persönlichen Regiments anderes machen als Ja stimmen, wenn sie nicht das Friedenswerk noch im letzten Augenblick gefährden wollen? Die Franzosen haben auf jeden Fall alle Ursache, die Bedingungen des mit der Algerischen Befreiungsfront vereinbarten Waffenstillstands- und Friedensvertrags gutzuheißen. Denn diese Bedingungen sind für die europäische Minderheit in Algerien so günstig, daß man sich fragt, wie die Provisorische (Exil-)Regierung der Algerischen Republik sie überhaupt annehmen konnte. Die Algerienfranzosen werden danach von selbst sofort algerische Bürger mit allen Rechten, die diese haben, ohne jede Zurücksetzung. Noch mehr: sie dürfen die bevorrechtete Stellung behalten, die sie bisher hatten. Die Arbeitsplätze, die sie in den Städten innehaben, werden ihnen weiterhin gesichert. An den Eigentumsrechten, die sie auf Grund der französischen Gesetze «erworben» hatten, besonders an den Rechten auf Land- und Bergwerksbesitz, darf nichts geändert werden, auch nicht im Zusammenhang mit einer kommenden Bodenreform. Enteignung darf nur gegen volle Entschädigung erfolgen. Die Freiheit des Unterrichts, der Religionsausübung und der kulturellen Einrichtungen und Betätigungen ist den Franzosen selbstverständlich gewährleistet. Französisch bleibt Amtssprache. Jedes Schwurgericht wird zu einem Drittel aus Europäern bestehen; bei Zivilprozessen, in denen die eine Partei ein Europäer ist, muß mindestens ein Richter ebenfalls Europäer sein. Und so weiter. Es ist den französischen Unterhändlern tatsächlich gelungen, mindestens auf dem Papier das neue Algerien im Rahmen der französischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu halten, zumal auch das Saharaöl fest unter französischer Mitaufsicht bleiben wird.

Ferhat Abbas, der ehemalige Führer der algerischen Freiheitsbewegung, hätte niemals einen Vertrag unterschreiben können, wie er mit Paris nun abgeschlossen worden ist; Ben Khedda, Ben Bella und Krim Belcaceem konnten es, weil sie überzeugt sind, daß nach der nationalen Befreiung auch die *soziale Umwälzung* kommen wird, die von der unwiderstehlichen Kraft des algerischen Arbeitsvolkes getragen sein wird. Die Franzosen werden versuchen, diese Umwälzung aufzuhalten, ja zu vereiteln, wie das die Amerikaner gegenüber der kubanischen Revolution auch getan haben. Aber die Wirkung eines solchen Unterfangens wird wie in Kuba genau das Gegenteil von dem sein, was es erstrebt. Auch Algerien wird immer klarer nach «links» gedrängt werden und seine Revolution in sozialistischem Geist und mit sozialistischen Mitteln durchführen müssen. Wenn einmal die Übergangszeit vorbei ist, wird trotz dem Druck der französischen Armee, die vorerst in Algerien bleiben wird, ein wirklich neues Algerien entstehen, ein Algerien, das dem Kolonialalgerien von gestern so unähnlich sein wird wie das heutige Kuba dem von den Vereinigten Staaten beherrschten und ausgebeuteten Kolonialland, das es bis 1959 war.

Die Krise in Argentinien Mittlerweile geht auch außerhalb Kubas der Kampf um die soziale Befreiung der gequälten lateinamerikanischen Völker weiter. Er steht auch hinter den jüngsten Ereignissen in *Argentinien*. Die Parlamentswahlen haben dort in fünf Provinzen eine Mehrheit für die «Peronisten» ergeben, die Anhänger des vertriebenen früheren Diktators Perón, die 40 Prozent aller Stimmen im ganzen Land auf sich vereinigt haben. Die Antwort der Regierung Frondizi war die Nichtigerklärung dieses Wahlergebnisses und die Unterstellung der fünf Provinzen unter Zwangsverwaltung — ein offener Verfassungsbruch. Gleich darauf wurde aber Präsident Frondizi selbst von den Armeeführern durch einen neuen Staatsstreich gestürzt und in Haft gesetzt, so daß nun eine *reaktionäre Militärdiktatur* am Ruder ist, die die soziale Gärung rücksichtsloser als der «liberal» angehauchte Frondizi mit Gewaltmitteln niederzuhalten sucht. Denn hinter dem Neu-Peronismus verbirgt sich eben eine recht eigentlich *sozialrevolutionäre Volksbewegung*, die in Perón, trotz der inneren Fäulnis und dem äußeren Mißerfolg seines damaligen Regimes, immer noch den Bannerträger des Kampfes gegen die Herrschaft der in- und ausländischen Feudal- und Kapitalherren sieht.

Argentinien ist zwar das fortgeschrittenste Land Südamerikas und sein Volkseinkommen ist je Kopf dreimal so hoch wie das mittlere Einkommen in den übrigen Ländern dieses Erdteils. Aber mit seiner riesigen Bodenfläche (2 800 000 km², 70mal soviel wie die Schweiz) und nur 20 Millionen Einwohnern ist es doch noch weithin ganz unentwickelt und voller wirtschaftlicher Gegensätze und sozialer Spannungen. Seine Wirtschaft beruht vornehmlich auf Viehzucht und Getreidebau; Argentinien besitzt den fünften Teil des Viehbestandes der Welt und ist der zweitgrößte Getreideexporteur der Erde. Argentinisches Gefrierfleisch spielt eine überragende Rolle auf den internationalen Märkten. Die im übrigen — außer der Gefrierfleischproduktion — noch sehr zurückgebliebene Industrie ist größtenteils in ausländischen Händen, wie zum Teil der landwirtschaftlich genutzte Boden ebenfalls, dem der Großgrundbesitz seinen Stempel aufdrückt. Von den 30 Millionen Hektaren bebauten Bodens sind 25,5 Millionen in den Händen von Großgrundbesitzerfamilien, deren fünfzig zusammen drei Millionen ha Land zu eigen haben. Eine Familie soll nicht weniger als 200 000 ha besitzen, eine sogar 500 000. Entsprechend elend ist die Lage der besitzlosen Landbevölkerung und der Kleinbesitzer und Pächter. Aber auch die Industriearbeiter stecken weithin noch in drückender Armut, Unwissenheit und Verwahrlosung. Und gerade aus diesem landwirtschaftlichen und industriellen Proletariat zieht der revolutionäre Neu-Peronismus seine stärkste Kraft, besonders seitdem die argentinische Wirtschaft durch den Preissturz für seine Ausfuhrerzeugnisse an den Rand einer Katastrophe gekommen ist.

Eine gründliche Umgestaltung des ganzen Wirtschafts- und Gesellschaftsbaus Argentiniens ist schon seit Jahren die Kernforderung aller einsichtigen und vorwärtsdrängenden Kräfte. Und Arturo Frondizi ist denn auch mit einem radikalen Reformprogramm im Jahre 1958 zum Staatspräsidenten gewählt worden, gegen einen von den Vereinigten Staaten unterstützten «gemäßigten» Kandidaten (Ricardo Balbin). Frondizi kam aber selbst bald genug unter nordamerikanischen Einfluß, strömte doch von Jahr zu Jahr mehr USA-Privatkapital ins Land, neben der amtlichen «Entwicklungshilfe», die ihm von Washington aus zuteil wurde. Nicht uneigennützig, selbstverständlich, sondern unter der Bedingung, daß Argentinien eine scharfe Politik der Ausgabenbeschränkung und Geldwertsteigerung (Deflation) durchführe, die als Lohndruck wie als Preissteigerung und Verteuerung der Lebenshaltungskosten die lohnarbeitende Bevölkerung besonders schwer traf.

Natürlich weiß man auch in Washington, daß Argentiniens innere Spannungen dadurch nur noch erhöht wurden. Präsident Kennedys neuer Plan für eine großzügige Entwicklungshilfe an Lateinamerika, der als «Bündnis für (kapitalistischen) Fortschritt» aufgezogen wurde, will darum USA-Kapital nur dann flüssig machen, wenn gleichzeitig einschneidende soziale und wirtschaftliche Reformen von den Empfängerländern durchgeführt würden. Aber auch in Argentinien sind solche Reformen eben nur gegen die reaktionären Kräfte — Großgrundbesitz, Industrie- und Handelskapital, Katholische Kirche — durchzusetzen, deren Werkzeug das Militär ist. Die nordamerikanische Politik ist so durch den Staatsstreich der Generäle in arge Verlegenheit geraten. Sie muß *gegen* die Militärdiktatur sein, soweit diese dem dringend nötigen Umbau von Argentiniens Wirtschaftsverfassung widerstrebt, braucht aber die herrschenden Klassen, die die Generäle gerufen haben, notwendig zum Kampf gegen den sozialen Umsturz, der von Kuba her ganz Lateinamerika bedroht und unter der Flagge des Neu-Peronismus einen solch gefährlichen Einbruch in Argentiniens alte Ordnungen bewerkstelligt hat. Wie die dadurch ausgelöste Krise (für den Augenblick wenigstens) überwunden wird, ob Frondizi aus seinem Gefängnis befreit wird und als Treuhänder Washingtons einige Scheinreformen an die Hand nehmen muß, oder ob die Peronisten an einer Regierung ohne Frondizi beteiligt werden, das ist noch gänzlich ungewiß. Sicher ist nur, daß die Bewegung für eine radikale soziale Umwälzung auch Argentinien mehr und mehr erfassen und sein Gesicht von Grund aus neugestalten wird.

6. April

Hugo Kramer